



**MULTIKULTURELLES
ZENTRUM TRIER**

**Selbstverwaltetes Multikulturelles Zentrum Trier e.V.
Multicultural Center Trier - Centre Multiculturel de Trèves**

Balduinstr. 6, D-54290 Trier
Tel:+49 (0)651 48497
Fax +49 (0)651 9943617

E-mail: buero@multicultural-center.de
<http://www.multikulturelles-zentrum-trier.de>

Trier, den 29.03.2016

Der Türkeiideal und seine unabsehbaren Folgen

Auf das schärfste lehnen wir den am Sonntag, von EU-Staats- und Regierungschef*innen, ratifizierten Vertrag mit der Türkei ab. Dabei handelt es sich um ein Abkommen, in dem die Rückführung von „illegal“ eingewanderten Geflüchteten beschlossen wird. Dies soll durch die Aufnahme von „resettlement“ Geflüchteten aus der Türkei ausgeglichen werden. Dabei wird sich aber an der strukturell geschuldeten Ungleichverteilung von Geflüchteten auf die EU-Randstaaten nichts verändern!

Frau Merkel sprach in ihrer Rede zum Abkommen von einem „Momentum der Unumkehrbarkeit“, das uns große Sorgen bereitet. Das Abkommen regelt die Übernahme von illegal in Griechenland eingereisten Geflüchteten seitens der Türkei. Dabei sollen bereits auf den griechischen Inseln die Aussicht auf Asyl in Schnellverfahren geprüft werden und nur denen statt gegeben werden, die eine keinen Schutz in der Türkei erhalten. Alle weiteren Betroffenen, welche keine Erfolgsaussichten haben, werden ab dem 20.03.2016 in die Türkei abgeschoben. Im Gegenzug soll es ein Resettlementprogramm, ähnlich dem Programmen des UNHCR, geben. Dabei soll pro abgelehnter Geflüchteter eine Person über das Resettlementprogramm von der Türkei in die EU legal immigrieren. Dabei ist uns unklar, ob dies nur für Menschen aus Syrien, wie in diversen Stellungnahmen und Artikeln zu lesen ist, gilt. Dieses Vorgehen ist auf diversen Ebenen höchst problematisch, im weiteren Verlauf erklären, wir warum.

Menschenrechtsverletzungen outsourcen

Eigentlich sollte die Absurdität, nämlich die Türkei als Partner für eine internationale Asylpolitik zu handeln, offen auf der Hand liegen. Nicht nur, dass das Regime in Ankara durch die Verfolgung von Kurd*innen selbst Fluchtland ist, auch die Art und Weise, wie die EU-Außengrenzen durch die Türkei „geschützt“ werden, ist menschenverachtend. So wurden bspw. illegale Gefangennahmen, Pushbacks (hindern/abweisen an der Grenze) und Übergriffe dokumentiert

Die Bekämpfung „illegaler“ Migration ist aussichtslos, solange keine legale Migration möglich ist!

Zu aller erst wollen wir festhalten, dass die Bekämpfung illegaler Migration aussichtslos ist, solange keine ernst zu nehmenden Alternativen vorhanden sind. Bereits beim Betreten der EU machen sich Schutzsuchende der illegalen Einreise schuldig. Zwar gibt es bspw. Resettlement-Kontingente des UNHCR, die eine legale Einreise ermöglichen, der Erfolg dieser Programme ist jedoch recht bescheiden. Die Wartelisten sind meistens so lange, dass

die Menschen die unerträglichen Bedingungen der Flucht nicht bis zum Zeitpunkt aushalten, an dem sie an der Reihe sind. Ein anderer Faktor ist die Aufnahmebereitschaft der EU-

Mitgliedsländer. Von den 120.000 Geflüchteten, welche 2015 innerhalb der EU umverteilt werden sollten, wurde ein Bruchteil transferiert. Das nun die Aufnahmebereitschaft um einiges größer ist, scheint abwegig.

Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte

Über die Art der Asylverfahren, welche in den Ankunftscentren in Griechenland geführt werden sollen, ist bis jetzt wenig bekannt. Sollten sich die inoffiziellen Vermutungen bestätigen, die ein einwöchige Schnellverfahren vorsehen, würde sich ein bedrohlicher Trend fortsetzen.

Die Bereits im Asylpaket II scharf kritisierten Verfahren können keine fundierten Einzelfallüberprüfungen ersetzen, die Fristenregelung macht es de facto unmöglich, im Vorfeld eine vernünftige Beratung für Geflüchtete zu gewährleisten sowie gegen die Entscheidungen juristisch vorzugehen. Da aber bei Ablehnung schlechtere Chancen auf ein Resettlementplatz besteht, werden Geflüchtete doppelt bestraft, nämlich erst durch ein unsauberes Verfahren und anschließend durch die Folgen dieses Vorgehens.

Ein weiterer Aspekt dieser Strategie ist der riesige Bürokratie- und Finanzaufwand. Anstatt Menschen zu helfen werden zusätzliche langsame und teure Etappen geschaffen, die durch Infrastruktur und Personal, welches an anderen Orten dringend benötigt werden, gestützt wird.

Für die Aufnahmezentren hat die EU 4000 außerordentliche Expert*innen zugesagt. Diese werden demnach über Asylantragsperspektiven entscheiden, Menschen in die Türkei abschieben und die gleiche Menge Menschen in die EU transferieren. Doch fehlen in bspw. Deutschland immer noch Sachbearbeiter*innen für die bereits gestellten Asylanträge. Ebenfalls fallen auch doppelte Transport- Infrastrukturkosten an, welche in einer vernünftigen Erstaufnahme und Betreuung sicherlich besser investiert wären.

Wartelisten ohne Aussicht?

Das erste Kontingent von 18.000 Menschen bekommt, sobald es aufgebraucht ist, einen Aufschub von weiteren 54.000 Menschen. In der Summe ergibt dies einen Schutz von 72.000 Menschen. Das dies nicht ausreichen wird liegt offen auf der Hand.

Aufgrund der Menschenrechtsslage und der Folgen dieses Abkommens, nämlich eine weitere noch präsentere Abschottung Europas, fordern wir die Umkehrung von diesem Vertrag! Nur die Schaffung sicherer Fluchtrouten, welche Hand in Hand mit einer Versorgung und Betreuung von Geflüchteten, kann eine humane Lösung der aktuellen Krise um die Menschlichkeit darstellen!

Das dies nicht nur von uns so gesehen wird, zeigt das abziehen des UNHCR und des MSF aus diversen griechischen Camps!

Da viele Informationen unklar sind und die Umsetzung des Vertrags noch nicht abgeschlossen ist, werden wir bei Änderungen frühzeitig Stellung beziehen.